

Darmstädter Studenten informieren

Am 31. Mai soll im hessischen Landtag das neue Hochschulgesetz verabschiedet werden. Dieses Gesetz beinhaltet einschneidende Maßnahmen für den gesamten Hochschulbereich, die aber die Studenten und alle Hochschulangehörigen nicht ohne weiteres hinnehmen können. Selbst der Deutsche Gewerkschaftsbund hält das Gesetz für nicht geeignet, die Probleme an den Hochschulen zu lösen, im Gegenteil: die Konflikte werden sich noch verschärfen. Deshalb wenden wir uns auf diesem Weg an Sie, um Sie mit unseren Argumenten bekannt zu machen, da diese in Presse, Funk und Fernsehen nur allzuoft "vergessen" werden.

Welche Veränderungen bringt das neue Gesetz?

Am härtesten betroffen werden die Studenten sein, denn sie werden gezwungen, noch schneller als bisher zu studieren. Die durchschnittliche Studienzeit beträgt an der Technischen Hochschule Darmstadt zur Zeit 6 Jahre (= 12 Semester). Diese Zeit soll auf vier Jahre gekürzt werden, d.h. jeder, der sein Studium nicht in der vorgegebenen Zeit beenden kann, muß die Hochschule ohne Abschluß verlassen.

Dabei haben jetzt schon fast alle Studenten einen 40 - 50 stündigen Wochenplan, Hausarbeit und Prüfungsvorbereitungen nicht mitgerechnet. Auch in den Semesterferien, der vorlesungsfreien Zeit, kann für viele Studenten von Ferien keine Rede sein: Praktika, die während der Vorlesungszeit nicht gemacht werden können, finden in den Semesterferien statt, ebenso wie fast alle Prüfungen.

Außerdem sind sehr viele Studenten, die von zu Hause keine finanzielle Unterstützung erhalten können, gezwungen, in den Ferien zu arbeiten. Staatliche Förderung erhalten weniger als die Hälfte aller Studenten, und von denen erhalten die wenigsten die staatliche Höchsthöchstförderung von 580 DM (zum Vergleich: ein einziges Lehrbuch kostet im Schnitt 60 - 70 DM).

Eine Kürzung des Studiums kann also nur bedeuten:

- *verschärfter Leistungsdruck*, der jetzt schon für viele Studenten so unerträglich ist, daß sie ihr Studium abbrechen.
- *Verringerung der Qualität des Studiums*. In der kurzen Zeit kann die Fähigkeit zu selbständigem, wissenschaftlichem Arbeiten nicht mehr erworben werden. Diese Fähigkeit ist auch nicht erwünscht, denn die Industrie braucht nur wenige hochqualifizierte Kräfte, umso mehr aber Schmalspurakademiker, die vor allem Rezepte anwenden sollen.

Solche Entqualifizierungsmaßnahmen sind ja auch im Arbeitsbereich nichts Neues mehr. Neue Maschinen übernehmen die Arbeit von Facharbeitern, die dann entlassen werden oder zu Knöpfchendrückern oder Hilfsarbeitern abqualifiziert werden.

Es ist klar, daß eine Verkürzung der Studienzeit Kinder aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien besonders hart trifft. Neben dem Studium Geld zu verdienen wird kaum mehr möglich sein. In Zukunft wird kaum ein Arbeiterkind es sich leisten können, zu studieren. Vor allem auch dieser Punkt gab den Gewerkschaften Anlaß, sich gegen das Gesetz auszusprechen. Diejenigen, die sowieso in der Wirtschaft schon in Führungsposi-

tionen sitzen, können diese dann leicht an ihre Kinder weitergeben.
Der Rest hat dann kaum eine Chance, aufzusteigen.

Universitäten - ein "linksrädikaler Sumpf" (Dregger) ?

Nach der Einführung der Regelstudienzeit werden die Studenten kaum mehr Zeit haben, sich um andere Dinge, z.B. um Politik, zu kümmern. Trotzdem scheint das noch nicht zu reichen, die "aufmüpfigen" Studenten zu disziplinieren. Deshalb wurde für Studenten ein Sonderrecht geschaffen, ähnlich dem für Soldaten und Beamte. Kritische und engagierte Studenten können dann als Störenfriede bezeichnet und bestraft werden.

Was dahintersteckt, ist klar: die Studenten sollen eingeschüchtert werden und zu Duckmäusern erzogen werden. Soziale Verantwortung ist nicht gefragt.

Noch nicht einmal für ihre eigenen Interessen sollen sich Studenten künftig einsetzen dürfen. Auch die unabhängige Studentenvertretung und die studentische Selbstverwaltung soll stark eingeschränkt und finanziell kontrolliert werden. Was würden Sie sagen, wenn der Unternehmer durch ein Gesetz befugt werden würde, dem Betriebsrat vorzuschreiben, was er zu tun und zu lassen hat? Das nämlich soll mit der Studentenvertretung geschehen.

Alles in allem läßt sich sagen: das neue Gesetz für die Hochschulen reiht sich ein in eine ganze Serie von Gesetzen und Maßnahmen, durch die Versucht wird, die Wirtschaftskrise auf die Bevölkerung abzuwälzen. Das neue Rentengesetz und das Kostendämpfungs-gesetz im Gesundheitswesen sind allgemein bekannte Beispiele dafür.

Auch der Bildungsbereich soll der allgemeinen Sparpolitik unterworfen werden, denn Bildung ist teuer. In den Schulen und Berufsschulen äußert sich das in Lehrermangel, Lehrmittelknappheit usw. Sparmaßnahmen sollen deshalb auch an den Hochschulen eingeführt werden. Es werden Stellen gestrichen, Mitarbeiter entlassen oder nicht eingestellt,

Dienstleitungen, wie der Reinigungsdienst an der TH Darmstadt sollen an private Unternehmen übergeben werden, was die Entlassung von allen Putzfrauen zur Folge hat.

Die Studien- und Arbeitsbedingungen werden sich dadurch noch weiter verschlechtern. Auch deshalb haben sich an der TH die Vertreter aller Hochschulangehörigen in einem einstimmigen Beschluß gegen das Gesetz ausgesprochen.

Das Hauptargument von Regierung und Opposition für das neue Hochschulgesetz, daß nämlich durch Verkürzung des Studiums viel gespart werden könne, läßt sich leicht widerlegen. Schon jetzt brechen mehr als die Hälfte aller Studienanfänger ihr Studium ab. Diese Zahl wird sich noch erhöhen. Ein Student aber, der sein Studium abbrechen muß, kostet den Staat fast soviel wie ein vollausgebildeter Akademiker.

Gerade die sozialliberale Regierung, die einmal angetreten ist, durch Reformen die Situation der Arbeitnehmer zu verbessern, zeichnet sich jetzt dadurch aus, daß sie durch Gesetze die Bevölkerung dazu zwingen will, Lücken im Staatshaushalt zu füllen, anstatt die Unternehmer zur Kasse zu bitten. Stattdessen werden den Unternehmern Steuergeschenke gemacht und Subventionen gezahlt.

Deshalb fordern wir die Regierungen in Bonn und Wiesbaden auf: die Sparpolitik auf unsere Kosten darf nicht länger fortgesetzt werden.

Wir bestehen auf unserem Recht auf eine qualifizierte Ausbildung, die unseren Bedürfnissen entspricht und nicht denen der Industrie.

Unterstützen Sie unsere Forderungen durch Ihre Unterschrift auf den Listen.